

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

3.7.1888 (No. 181)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 3. Juli.

№ 181.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzugsgebühr: die gepaltene Petizelle oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelber frei.

1888.

Amtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 21. v. M. ist Folgendes bestimmt:

4. Westfälisches Infanterie-Regiment Nr. 17:
Kund, Premierlieutenant, —
Tappenbeck, Secondelieutenant, à la suite des genannten Regiments und kommandirt zur Dienstleistung beim Auswärtigen Amte, der Rothe Adler-Orden 4. Klasse mit Schwertern verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 2. Juli.

Für die französischen Republikaner ist der gestrige Sonntag kein guter Tag gewesen, denn die Stichwahl in der Charente ergab den Sieg des bonapartistischen Kandidaten und bei der Wahl im Departement Loiret gewann der monarchistische Kandidat einen Vorsprung, der seinen Sieg in der erforderlich gewordenen Stichwahl nicht unwahrscheinlich macht. In dem heute Mittag ausgegebenen Blatte haben wir die Wahlergebnisse in beiden Departements bereits mitgeteilt. Bei der Stichwahl in der Charente erhielt der Bonapartist Gillsbert des Seguin 37 114 Stimmen, gegenüber 26 934 für den republikanischen Kandidaten Weiller und 11 691 für Paul Drouot abgegebene Stimmen. An dem Erfolge Gillsberts in dem Departement, das von jeher eine Hochburg des Bonapartismus bildete, war allerdings nicht zu zweifeln; doch dürfte die erhebliche Vermehrung der auf ihn gefallenen Stimmen immerhin für die Republikaner eine etwas unerfreuliche Ueberraschung gewesen sein. Die Majorität des bonapartistischen Bewerbers erhöhte sich nämlich gegenüber dem am 17. Juni vorgenommenen ersten Wahlgange um rund 6000 Stimmen. Dieser Stimmengewinn des monarchistischen Vertreters ist für die republikanische Partei um so unangenehmer, als deren eigener Kandidat im Gegenseite dazu einen beträchtlichen Stimmenrückgang zu verzeichnen hatte; denn die Stimmengabe Weillers betrug gestern etwa 3000 weniger als beim ersten Wahlgang. Diese Erscheinung mag ihre Ursache in gewissen Ungeschicklichkeiten des republikanischen Bewerbers haben, der durch die Widersprüche in seinen Erklärungen die Wähler misstrauisch machte und in seinem Eifer, sowohl die Gemäßigten wie die Radikalen für sich zu gewinnen, auf keiner Seite völlig befriedigte; vielleicht gaben auch viele von den republikanischen Wählern nach dem Ausfalle des ersten Wahlganges das Spiel verloren. Paul Drouot konnte sich trotz der Anforderung des boulangistischen Wahlkomite's, seine Kandidatur für die Stichwahl zurückziehen, hierzu nicht entschließen und so hat er die Niederlage erlitten, die er in seiner Eitelkeit nicht vermeiden wollte; die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen war gestern um 9000 geringer als am 17. Juni. Das heißt, nahezu die Hälfte seiner Wähler ließ ihn bei der entscheidenden Abstimmung im Stich. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die für Gillsbert des Seguin gestrigen gegen den 17. Juni mehr abgegebenen Stimmen größtentheils auf das Konto derjenigen Wähler kommen, die beim ersten Wahlgange für Drouot stimmten. Nach den in der Charente gemachten Erfahrungen wird der Begründer der Patriotienliga schwerlich noch darauf rechnen können, einen Sitz in der Deputirtenkammer zu erlangen. Das Mandat, um welches gestern in der Charente der entscheidende Kampf geführt wurde, bleibt somit in den Händen der Monarchisten; wahrscheinlich wird aber auch die Wahl in dem Departement Loiret, wo gestern ein endgiltiges Ergebnis nicht erzielt wurde, mit dem Siege der Monarchisten enden, wenn die Radikalen und die Gemäßigten sich nicht für die Stichwahl über eine gemeinsame Kandidatur zu einigen vermögen. Daß es den Republikanern bei einem geschlossenen Vorgehen nicht schwer fallen würde, den monarchistischen Bewerber in dem Departement Loiret aus dem Felde zu schlagen, lehren die Ziffern der für die einzelnen Bewerber gestern abgegebenen Stimmen; der radikale Kandidat erhielt, wie schon erwähnt, 21 868, der opportunistische 20 525, der monarchistische 24 010 Stimmen. Eine Verständigung der republikanischen Gruppen über eine gemeinsame Kandidatur dürfte namentlich dadurch erschwert sein, daß bei der verhältnismäßig geringfügigen Differenz in der Stimmengabe des gemäßigten und des radikalen Bewerbers keine Partei freiwillig wird zurücktreten wollen.

Deutschland.

* Berlin, 1. Juli. Im Laufe des heutigen Vormittags hat Seine Majestät der Kaiser, nach der Rückkehr

von seinem regelmäßigen Spazierritte, mehrere Vorträge entgegengenommen und dann gegen Mittag längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts, General v. Albedyll, gearbeitet.

Auf das Beileidschreiben, welches der Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor, im Auftrage des Kaiserin und Königin Augusta gerichtet hatte, ist von Allerhöchster Stelle nachfolgendes huldvolle Telegramm aus Baden am 30. Juni an den Präsidenten ergangen:

Sie haben Mir in gefühlvoller Weise den Antheil des Herrenhauses an dem Schmerze ausgeprochen, welcher Mich durch das Ableben Meines geliebten Sohnes, des Kaisers Friedrich, erfüllt. Ich bitte Sie, Meinen tiefbewegten Dank für diese Kundgebung entgegenzunehmen, die, aus der Mitte einer hochachtenden Körperschaft kommend, Mich zu besonders warmem Dank in alter Gesinnung für die Mitglieder des Hohen Hauses verpflichtet.

Augusta.

Heute Mittag fand in dem Lichthof des Gewerbe-Museums eine Feier zum Gedächtniß weiland Kaisers Friedrich des hohen Protectors der königl. Museen statt. Derselben wohnten der Kultusminister v. Gossler, Ministerialdirektor Greiff, General v. Strubberg, Staatssekretär a. D. v. Hoffmann, die Geheimräthe Starke und Behrenspfeiffer, ferner die Herren Professor Curtius, Menzel, Aumers, Virchow, Bartian, Jöllner, Joachim, Helmholz, Jordan, Berram, Weigert, Ministerresident Krüger, Ministerialdirektor Böttcher, Ernst Wildenbruch und viele andere Vertreter der Kunst und Wissenschaft, sowie sämtliche Beamte der Museen und der königl. Kunstschule bei. Geh. Rath Dr. Schöne hielt die Gedächtnisrede. Derselbe schilderte des hohen Verbliebenen Antheilnahme und Förderung der Kunstinstitute des Staates und verfolgte dabei die historische Entwicklung derselben von Friedrich Wilhelm III. an. Kaiser Friedrich habe den Gedanken seines Großvaters weiter ausgebildet und der Vollendung entgegengeführt. Gesänge und Posaunenchor erklingten und schlossen die erhabene Feier.

Aus Potsdam ist vom 21. v. M. eine Allerhöchste Ordre ergangen, die der „Schles. Ztg.“ zufolge bestimmt: „Das bisherige Kaiser-Dragooneregiment Nr. 8 soll in Zukunft den Namen „Dragonerregiment König Friedrich III. (2. Schlesisches) Nr. 8“ führen und den bisherigen Namenszug beibehalten. Das Grenadierregiment Kronprinz Friedrich Wilhelm Nr. 11 nimmt die Provinzialbezeichnung wieder an, heißt also fortan „Grenadierregiment Kronprinz Friedrich Wilhelm (2. Schlesisches) Nr. 11.“

Die „National-Zeitung“ schreibt: „Wie man sich erinnern wird, folgte der Eröffnung, welche Fürst Bismarck im Bundestage über den Tod des Kaisers Friedrich und die Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. gemacht hat, eine Kundgebung des bayrischen Gesandten Grafen Lerchenfeld, welche den Empfindungen des Bundesrathes angesichts des Todes des Kaisers Friedrich und der Thronbesteigung seines Nachfolgers Ausdruck verlieh. Nachdem die Ansprache des Fürsten Bismarck amtlich veröffentlicht worden, sollen dem Vernehmen nach auch die Worte, welche namens des Bundesrathes erwidert wurden, in authentischer Weise festgesetzt, an die Öffentlichkeit gelangen.“

Der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge erhielt der italienische Botschafter Graf de Launay von Crispi ein Telegramm, worin derselbe erklärt, die italienische Regierung habe mit großer Befriedigung die so edlen und freundschaftlichen Erklärungen des Kaisers Wilhelm vernommen. Die Versicherungen des Kaisers seien um so werthvoller, als sie von so hoher Stelle kommen. Es lägen zahlreiche Beweise dafür vor, daß die italienische Nation die Gefühle der Regierung theile. Crispi bittet den Grafen de Launay, der Dolmetscher dieser Gefühle bei der kaiserlichen Regierung zu sein.

Der Wirkl. Geheimrath Frhr. v. Wilmowski übergab gestern die Geschäfte des Geheimen Civilkabinetts an den zu seinem Nachfolger ernannten Wirkl. Geheimrath Lucanus, indem er demselben die Beamten des Amtes vorstellte, und verabschiedete sich zugleich in herzlichster Weise von seinen bisherigen Untergebenen.

Den „Hamburger Nachrichten“ wird aus Berlin gemeldet, General v. Caprivi habe die Entlassung als Chef der Admiralität erhalten und sei zugleich zum Kommandeur des IX. Armeecorps ernannt worden. Eine Bestätigung dieser Nachricht fehlt noch. Als Nachfolger des Chefs der Admiralität wird mehrfach, so in der „Voss. Ztg.“, Viceadmiral Graf v. Monts, bezeichnet. Angesichts der schon längere Zeit umlaufenden Gerüchte von dem Rücktritt des Hrn. v. Caprivi war es bemerkt worden, daß Berliner Blätter meldeten, am Donnerstag habe Seine Majestät den Bericht des Admiraltätsrathes Dietrich „über den Bau neuer Schiffe“ entgegengenommen.

In dieser Hinsicht bemerkt der „Hamburger Korrespondent“: „Dietrich ist Chefkonstrukteur der Marine. Es dürfte sich um Neubauten nach Art der Ausfallvorbetten gehandelt haben, deren neueste „Baden“ ist. Allein wir glauben Grund zur Annahme zu haben, daß weder die bisher vorgesehene Art noch die Zahl der Neubauten als für einen durchgreifenden Ersatz genügend angesehen werden.“

Nach dem Beschlusse des Bundesrathes vom 6. November 1884 über die Freibeirke von Bremen und Hamburg könnte es fraglich erscheinen, ob in den letzteren ein Schiffsreparaturbetrieb zugelassen ist, da nach diesem Beschlusse auf den Freibeirke die Grundsätze des Vereinszollgesetzes Anwendung finden, Industriebetrieb in ihm also nicht stattfinden soll. Nun hat sich aber für Bremen, um dieser Stadt eine bereite Gelegenheit zum Docken und Reparieren der Schiffe zu verschaffen, die Anlage eines Schwimmdocks nebst Reparaturwerkstätte im Freibeirke selbst als nothwendig herausgestellt. Ebenso würde der Stadt die Verlegung einer bereits vor Jahren angelegten Staatsreparaturwerkstätte für Baggerfahrzeuge im älteren Bassin Schwierigkeiten und nicht unerhebliche Kosten verursachen. Die Freistadt Bremen hat deshalb, gestützt auf eine Bestimmung des oben eingeführten Bundesrathesbeschlusses, wonach der Freibeirke mit den erforderlichen Hafenanlagen ausgestattet werden muß, beim Bundesrathe mit der Motivierung, daß diese Reparaturwerkstätten zu den Hafenanlagen gehören, den Antrag gestellt, derselbe wolle den Schiffsreparaturbetrieb und die Herstellung bezw. Verfassung der für denselben erforderlichen Anstalten im Freibeirke für Bremen für zulässig erklären.

Die „Nat.-Lib. Korr.“ schreibt: „Die durch deutsch-freisinnige Blätter verbreitete Mittheilung, daß die national-liberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hinsichtlich der Erneuerung des Wahlartikels mit den Konservativen bereits Beschlüsse gefaßt habe, ist unrichtig. Die Fraktion hat sich bisher lediglich auf eine Besprechung über die bei den Wahlen zu befolgende Taktik beschränkt.“

Die Erörterungen, welche innerhalb der beteiligten Ressorts darüber gepflogen sind, durch welche Mittel der Wiederkehr ähnlicher Hochwasserständen, wie im vergangenen Frühjahr, thunlichst vorgebeugt, die Hochwassergefahren in wirksamerer Weise als bisher verhütet oder bekämpft werden können, dürften, wenigstens soweit es in der Absicht liegt, die Ergebnisse derselben durch den nächstjährigen Etat zu verwirklichen, zu einem gewissen Abschluß gekommen sein. Die Erfahrungen, welche im letzten Frühjahr gemacht sind, weisen darauf hin, die Leitung und Verantwortung für die nach dieser Richtung zu treffenden Maßnahmen einer mit den erforderlichen technischen Kräften ausgerüsteten Behörde zu übertragen und so die Einheitlichkeit, Rechtzeitigkeit und Energie der Aktion in höherem Maße zu sichern, als dies bisher der Fall war. Dazu eignen sich am besten die an den meisten großen Strömen mit den Oberpräsidien für die betreffenden Provinzen verbundenen Strombauverwaltungen. Sollen diese der ihnen gestellten Aufgabe gewachsen sein, so werden sie mit den erforderlichen Trains und den nothwendigen Fahrzeugen und sonstigen Hilfsmitteln auszustatten sein. Bisher waren eigene Eisbrechdampfer nur vereinzelt, insbesondere an der Weichsel vorhanden. Dagegen mußten an der Elbe zur Befreiung der Eisverstopfungen Dampfschiffe in Hamburg angemietet werden. Es liegt auf der Hand, daß dieses Verfahren nur ein Nothbehelf ist und die nötige Sicherheit für die rechtzeitige Inangriffnahme der Arbeiten nicht bietet. Die Frage der Beschaffung eigener Eisbrechdampfer für die Elbe ist daher, wie die „B. P. N.“ erfahren, eingehender Erörterung unterzogen und von dem zunächst beteiligten Ressort die Anschaffung von einigen Schiffen dieser Art für zweckmäßig erachtet worden.

Die sächsischen Reichstagsabgeordneten, so schreibt das „Leipziger Tagblatt“, empfanden das lebhafteste Bedauern, ihrem König wegen Allerhöchster Theilnahme an der feierlichen Reichstagsöffnung ihre Ehrfurcht, Anhänglichkeit und Dankbarkeit ausdrücklich auszusprechen. Doch mußten sie mit Rücksicht auf die knappe Zeit Seiner Majestät darauf verzichten, um eine Audienz zu bitten. Sie haben daher ihre Gefühle in einer schriftlichen Adresse ausgesprochen, welche mit den Unterschriften sammtlicher 23 sächsischen Reichstagsabgeordneten an das königliche Hausministerium zu Dresden abgegangen ist. Eine so erfreuliche Uebereinstimmung aller sächsischen Reichstagsabgeordneten bei einer Loyalitätskundgebung ist erst wieder möglich geworden, nachdem es der reichstreuen Wählerchaft Sachsens gelungen, sich bei den letzten Wahlen mit einem Schlage der sozialdemokratischen Vertreter zu entledigen.

Wie aus Melbourne gemeldet wird, soll der

Platz der deutschen Aussteller auf der dortigen Weltausstellung recht günstig in einer breiten, die Hauptstraße in der Mitte schneidenden Seitenstraße liegen. Unserem Vertreter, dem Regierungsrath Bernuth, ist es gelungen, einen Theil unserer Aussteller in dem Hauptgebäude zu placiren. Die dekorative Ausstellung der deutschen Abtheilung verspricht sehr gut zu werden.

Die Anstellung von Deutschen im Auslande in allen möglichen Branchen hat in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen. Man braucht sich nur der betreffenden Vorgänge in der Türkei und in Japan zu erinnern. Neuerdings hat anderweitiger Meldung zufolge auch Serbien beschlossen, einen Deutschen auf einen wichtigen Posten, und zwar auf den eines technischen Direktors der Tabakregie zu berufen. Die deutsche Tabakindustrie, welcher damit über ihre Regsamkeit und Intelligenz ein glänzendes Zeugniß ausgestellt wird, darf sich dieser Anerkennung um so mehr freuen, als sie dieselbe voll und ganz verdient.

Danzig, 1. Juli. Die gestern hier abgehaltene Jahresversammlung der deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft hat an Seine Majestät den Kaiser Wilhelm ein Telegramm geschickt, worin Dank dafür ausgesprochen wird, daß Allerhöchstderselbe sich die Botenschaft des Kaisers Wilhelm I. vom 17. November 1881 angeeignet habe.

Königsberg, 1. Juli. In der Universität, deren Rektor der hochselige Kaiser Friedrich gewesen ist, fand gestern eine Trauerfeier unter Theilnahme der Militär- und Zivilbehörden, der Studentenschaft und vieler Bürger statt. Die Festrede hielt der Prorektor Dr. Prutz.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. Juli. Der deutsche Botschafter Fürst Reuß überreichte gestern dem Kaiser seine neuen Kreditive. — Die Reise des Kronprinzen durch Bosnien hat nun ihr Ende gefunden. Die „Bosnische Post“ gelangt in ihrem Rückblick auf die von glänzenden Ovationen für den Thronfolger begleitete Reise zu folgendem Resultat: „Die ganze Reise lieferte den unumstößlichen Beweis, daß, wenn es unsern Soldaten gelungen ist, das Land zu erobern, sich die nachfolgende Friedensarbeit die Herzen des Volkes zu erringen wußte. Das Volk hat gezeigt, daß seine Treue und Anhänglichkeit an das Allerhöchste Herrscherhaus, seine Dankbarkeit für die ihm durch die Dynastie erwiesenen zahllosen Wohlthaten auf festem Grunde ruhen und daß die in dem Herzen des Volkes wohnenden Gefühle der Liebe und Verehrung für das österreichische Kaiserhaus tief gewurzelt sind.“ — Der rumänische Minister des Aeußern, Peter Carp, der auf der Rückreise hier eintraf, hatte mit dem Grafen Kalnoky eine längere Besprechung.

Belgien.

Brüssel, 1. Juli. Generalleutnant v. Mische, welcher beauftragt ist, den Antritt der Regierung Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm zu notifiziren, ist gestern vom Könige empfangen worden. Alsdann empfing der König den neuen deutschen Gesandten v. Alvensleben zur Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben.

Frankreich.

Paris, 1. Juli. Das „Institut de France“ hat sich bekanntlich für die Rückberufung des Herzogs von Aumale verhandelt, aber eine abschlägige Antwort erhalten. Die Blätter veröffentlichen heute ein Danfschreiben des Herzogs an Jules Simon, den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses des Instituts. Dasselbe lautet: „Herr Präsident und lieber Kollege! Das Institut von Frankreich hat die unwandelbaren Gesinnungen, die mich befeelen, nicht mißverstanden. Ich bin tief gerührt durch den Schritt meiner Kollegen. Wollen Sie der Dolmetscher bei der berühmten Gesellschaft sein, der anzugehören ich stolze bin denn je, und empfangen Sie für mich selbst u. s. w. D. Orleans.“ Wie man sieht, enthält der Dankbrief des Herzogs nicht ein Wort der Klage darüber, daß die Bemühungen seiner Freunde erfolglos geblieben sind, obgleich es bekannt ist, daß der Herzog die Verbannung schwer empfindet. Man sieht darin eine mittelbare Bestätigung der Ansicht, daß der ablehnende Beschluß des Ministeriums kein endgiltig gewesen ist und demnach, wenn die Kammer nicht mehr tagen werden, ein neuer Schritt der Freunde des Herzogs ein günstiges Resultat erzielen dürfte.

Italien.

Rom, 1. Juli. Se. Durchl. der Fürst von Pleß, welcher in besonderer Mission zu Seiner Majestät dem Könige von Italien geschickt war, ist von hier, wo er mit besonderer Aufmerksamkeit seitens des Hofes empfangen wurde, nach Berlin zurückgekehrt. Außer den Empfangsaudienzen bei Seiner Majestät dem Könige und Ihrer Majestät der Königin fand am Mittwoch ein Galadiner zu seinen Ehren statt, an welchem der deutsche Botschafter Graf zu Solms und alle Herren der deutschen Botschaft theilnahmen. Dem den Fürsten begleitenden Major Brinkmann vom 13. Husarenregiment, dessen Chef der König Humbert ist, wurde das Kommandeurekreuz des italienischen Kronen-Ordens verliehen. Die in einer Zeitung gebrachte Notiz, es sei dem Fürsten das Großkreuz des Mauritius- und Lazarus-Ordens verliehen, ist falsch, da er diese Dekoration seit langen Jahren besitzt. — Auch Generalleutnant Fürst Lichnowski, welcher dem Papste die Thronbesteigung des Kaisers Wilhelm anzeigte, ist gestern nach Berlin zurückgekehrt.

Großbritannien.

London, 1. Juli. Die bevorstehende versuchsweise Mobilisirung der britischen Flotte hat den Zweck, zu erweisen, ob die an derselben theilnehmenden Schiffe vollbesetzt innerhalb dreier Tage, nachdem sie den Befehl

erhalten haben, an ihren Stationen konzentriert sein können. So muß z. B. die bei Kingstown stationirte „Belisle“ innerhalb 24 Stunden nach eingetroffenem Befehl in See stechen, in Devonport nach 27 Stunden eintreffen und sich nach Ablauf von 100 Stunden mit den Schiffen der ersten Reserve bei Spithead vereinigen. Ebenfalls muß das Panzerschiff „Devastation“, welches jetzt bei Queensferry liegt, 104 Stunden nach erhaltenem Befehl anlangen. In derselben Weise ist für jedes einzelne Schiff die Zeit festgesetzt, welche es zu seiner Bemannung und Reise nach seinem Bestimmungsort brauchen darf. Die Hauptvereinigungspunkte der Schiffe sind Devonport, Portsmouth, Holyhead, der Clyde, Queenstown, Sheerness, Hull und Leith. Dem Vernehmen nach wird Admiral Baird den Befehl über das Kanal- oder Angriffsgehwader und Sir George Tryon den über das Verteidigungsgehwader erhalten. — In der vorigen Nummer ds. Blatts wurde bereits der Wahlsieg des konservativen Kandidaten bei der am Samstag auf der Halbinsel Thanet vorgenommenen Erziehung zum Unterhause mitgetheilt. Das Wahlergebnis ist gerade unter den gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen bedeutungsvoll genug, um es gerechtfertigt erscheinen zu lassen, daß man noch einmal in einigen Worten darauf zurückkommt. Die Halbinsel Thanet, die nordöstliche Spitze der Grafschaft Kent im Südosten Englands, war bis jetzt eine Torfeste und ward bis vor Kurzem im Unterhause durch den Obersten King Harman vertreten, für den die Regierung bekanntlich den neuen Posten eines parlamentarischen Unterstaatssekretärs für Irland schuf. King Harman starb unlängst nach der Rückkehr einer Seereise, die er zur Stärkung seiner Gesundheit, leider erfolglos, unternommen hatte. Die Opposition bot Alles auf, das Mandat den Tories abspenstig zu machen, und zu diesem Zwecke hatten die Gladstoneaner und Barnelliten, ermuntert durch die Siege in Southampton und den Ayr Burghs, alle Hebel in Bewegung gesetzt. Die Regierungspartei war in der Aufstellung ihres Kandidaten nicht besonders glücklich gewesen, da derselbe, James Lowther, wegen seiner reaktionären Gesinnung vielen Konservativen nicht sympathisch war und in seiner Eigenschaft als irischer Staatssekretär von 1878 bis 1880 nicht dazu beitrug, das Ansehen des Kabinetts Beaconsfield zu heben. Umgekehrt befaßen die Gladstoneaner einen auszeichneten Kandidaten in der Person des Herrn E. Knatchbull-Hugessen, des Sohnes des unionistischen Lords Brabourne. Die Aufregung war daher begreiflich. Wäre die Insel den Gladstoneanern zugefallen, so hätten diese sicherlich behauptet, daß sich das Urtheil des Landes zu Gunsten einer Aenderung der irischen Politik nicht mehr in Abrede stellen lasse. Die Halbinsel zählt ungefähr 50 000 Einwohner und besitzt neun Wahlstationen, je drei in Ramsgate und Margate und je eine in Broadstairs, Minster und Sandwich. Auf den Straßen wurden Flugblätter verbreitet, in welchen dargethan wird, daß Lowther ein aristokratischer Volksfeind ist, daß er 22 Mal gegen Anträge zum Frommen der Arbeiter, Frauen und Kinder seine Stimme abgegeben. Namentlich sprach Lord Charles Beresford für Lowther, um mit seiner eigenen Volkstümlichkeit diesen zu decken. Der Opposition hat aber die außerordentlich lebhafteste Agitation nichts genützt, da Lowther, wie schon erwähnt, mit 3547 Stimmen über den Gladstone'schen Gegenkandidaten, der nur 2889 Stimmen erhielt, siegte.

Rußland.

St. Petersburg, 1. Juli. General v. Pape ist gestern in Begleitung des Majors Grafen Eulenburg nach Berlin zurückgereist.

Ägypten.

Suakim, 29. Juni. Ein scharfes Scharmügel zwischen der ägyptischen Kavallerie und einem Trupp berittener Rebellen fand vorgestern in einer Entfernung von 2 000 Yards von den Wasserforts statt. Die Rebellen verloren zwei angeführte Emire. Der Verlust auf ägyptischer Seite beziffert sich auf drei Tode und einen Verwundeten.

Badischer Landtag.

* **Karlsruhe, 2. Juli.** 57. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des ersten Vicepräsidenten Friderich.

Am Regierungstische: Finanzminister Dr. Ellstätter, Geh. Referendar Zittel und Ministerialrath L. Wielandt.

Das Sekretariat zeigt als neuen Einlauf an: Die Bitte des Gemeinderaths Walldürn, die Fortsetzung der Mainthalbahn zum Anschluß an die Odenwaldbahn, hier die Herstellung der Verbindung zwischen Auerbach und Walldürn betr.

Mit Eintritt in die Tagesordnung erstattet Abg. Gönner an der Hand des gedruckt vorliegenden Kommissionsberichts Vortrag über den Nachtrag zum Spezialbudget des Finanzministeriums für 1888/89, in welchem unter Tit. V, Domänenverwaltung, im außerordentlichen Etat angefordert werden: § 5a.: 11 000 M. für die Herstellung eines Gebäudes mit 2 Malerfälen beim Großh. Hoftheater dahier; § 6.: 200 000 M. als zweite Rate für den Umbau des zu einem Palais Seiner Königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs und der Erbgroßherzogin bestimmten sog. Schlößchens in Karlsruhe; und § 7.: 16 500 M. für Erneuerung der Wasserheizungseinrichtung im Wintergarten des Großh. botanischen Gartens. Der Berichterstatter beantragt Genehmigung der 3 Posten, zu § 6 mit dem Anfügen, die Kommission erwarte, daß mit der für das Gesamtbauprojekt, für welches ein detaillirter Kostenvoranschlag nicht vorliege, vorgesehenen Gesamtsumme werde ausgereicht werden.

Regierungskommissär L. Wielandt will namens der Großh. Regierung darüber, ob man mit dem angeforderten Betrage ausreichen werde, eine kurze Erklärung abgeben. Art. 4 des Etatgesetzes verlange allerdings einen detaillirten Kostenvoranschlag; ein solcher sei nicht vorgelegt worden, weil die Aufstellung eines solchen überhaupt schwierig sei, wo es sich nur um Umbauten handle; denn weder das Palais selbst noch die kleinen Nebenbauten seien Neubauten. Es wäre allerdings möglich gewesen, einen etwas spezielleren Kostenvoranschlag auszuarbeiten, aber durch die schmerzlichen Ereignisse, welche die Allerhöchsten Herrschaften betroffen, seien die Entschlüsse über die vorgelegten Baupläne so spät erfolgt, daß es nicht mehr möglich gewesen, einen genauen Kostenvoranschlag auszuarbeiten zu lassen. Doch könne Redner namens der Großh. Regierung die Erklärung abgeben, daß der Vorstand der Großh. Baudirektion, welcher die Detailpläne ausgearbeitet und die Kostenschläge gemacht, der Ansicht sei, daß mit der angeforderten Summe ausgereicht werden könne; derselbe habe jedenfalls für sich die Berechnungen nicht so summarisch gemacht, als dieselben sich in der Regierungsvorlage darstellten; andererseits stünden aber die Zahlen nicht so fest, daß sie in einem speziellen Kostenvoranschlag hätten zusammengefaßt werden können. Dessenungeachtet wiederhole Redner die Erklärung, daß die Baubehörde der Ansicht sei, es werde das Gesamtbauprojekt zu der in Aussicht genommenen Summe ausgeführt werden können.

Die drei Positionen werden hierauf in Ausgabe und Einnahme einstimmig genehmigt, ebenso auf Berichtserstattung des Abg. Hoffmann und ohne Diskussion in namentlicher Abstimmung der Gesetzentwurf, Nachtrag zu dem Gesetze die Feststellung des Staatshaushaltsetats für 1888/89 betr., in welchem Nachträge diejenigen Anforderungen zusammengefaßt sind, welche seit Erlassung des Finanzgesetzes vom 25. Februar 1888 von dem gegenwärtigen Landtage genehmigt worden sind, einschließlich der drei oben erwähnten Anforderungen zu Lasten des Domänengrundstocks.

Es folgt die Berathung des von dem Abg. Hauf mündlich erstatteten Berichts über die Petition der Gemeinderäte Waibstadt, Sinshelm und Gen., den Bau einer Eisenbahn von Waibstadt über Sinshelm und Eichtersheim zur Hauptbahn betr. Der Kommissionsantrag geht auf Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Frey bedauert lebhaft, daß die Kommission nicht zu einem den Petenten günstigeren Antrage gelangt ist; die Petenten hätten, nachdem sie die Nothwendigkeit und die hohe Bedeutung des fraglichen Bahnbaues für die Verkehrs- und wirtschaftlichen Verhältnisse jener Landesgegend überzeugend dargethan, wohl einen Antrag auf Ueberweisung der Petition an die Großh. Regierung zur Kenntnisaufnahme erwarten dürfen, damit die Regierung daraus Veranlassung hätte nehmen können, mit den Petenten wegen des Projekts und der Art der Ausführung desselben Verhandlungen einzuleiten, zumal die Interessenten zu entprechenden Beitragsleistungen sich bereit erklärt hätten. Unter den obwaltenden Verhältnissen stelle Redner keinen Gegenantrag, hoffe aber, daß eine Zeit kommen werde, wo in diesem Hause eine Sinnesänderung in einer den Petenten günstigen Richtung sich vollziehen werde.

Abg. Nopp: Aus der Petition gehe allerdings nicht klar hervor, was die Petenten wollten, ob eine Voll- oder eine Secundärbahn; Redner meine aber, daß es sich hier nur um eine Secundärbahn handeln könne, welche dem Straßenzuge Waibstadt-Sinshelm-Eichtersheim-Langenbrücken sich anschließen hätte. Die Frage, ob die Voraussetzungen, welche nach den jetzt geltenden Grundbesitzen für einen solchen Bahnbaun vorliegen müßten, gegeben seien, bejahe Redner; ein Bedürfniß sei in der That vorhanden und werde von den Interessenten lebhaft empfunden, zumal in den gewerblichen Kreisen; hier komme vor Allem die Tabakindustrie in Betracht, welche in Destrungen und Mingolsheim allein mehrere hundert Personen in Nahrung setze, sodann die große Zuckersfabrik Waghäusel, welche in Eichtersheim und noch einem Orte jener Gegend Zillalen beste und allein eine jährliche Befrachtung der zu erbauenden Bahn von etwa 400 000 Zentnern in Aussicht stelle; darnach erhebe man aber auch, ganz abgesehen von dem zu erwartenden Personenverkehr, die Rentabilität gesichert. Somit lägen also Interessen vor, welche auch seitens des Staates anerkannt und gefördert zu werden verdienten. Allerdings sei die Angelegenheit andererseits noch nicht in ein Stadium getreten, welches einem weitergehenden Antrag Aussicht auf Annahme eröffnen könnte, da außer der Frage, ob Voll- oder Secundärbahn, auch die weitere, ob in Mingolsheim — wofür Redner wäre — oder in Langenbrücken der Anschluß an die Hauptbahn zu bewirken sei, noch offen stehe. Wenn die Petenten endlich anfragten, ob die unentgeltliche Stellung des Geländes ihrerseits genügen würde, um die Ausführung des Projekts zu ermöglichen, so werde Redner denselben gerne, falls der Finanzminister ihn hiezu ermächtigte, die unentgeltliche Benützung der Landstraße, Abgabefreiheit und einen Staatsbeitrag von 20 000 M. pro Kilometer in Aussicht stellen und sich alsdann mit dem Kommissionsantrag einverstanden erklären. (Weiterleit.)

Abg. Wittmer hätte gerne einen anderen Antrag gesehen, wenn es auch richtig sei, daß die Petition noch nicht genügend ausgearbeitet sei, wenn auch die Petenten über die Frage, ob Normal- oder Secundärbahn, ob Anschluß in Langenbrücken oder in Mingolsheim, sich noch nicht ganz klar seien; denn darüber bestände bei denselben kein Zweifel, daß sie eine Bahn haben wollen und müssen; auch eine Verdrängung auf die vielleicht doch einmal zu erbauende Bahn Eppingen-Steinsfurt gehe nicht an, da diese den Interessen der hier fraglichen Landesgegend nicht entsprechen würde. Redner würde einem etwa aus der Mitte des Hauses gestellten Antrage auf Ueberweisung

